

Pressemitteilung 2/2019

Halle (Saale), den 28. Januar 2019

Wissenschaftsrat stimmt IWH-Erweiterung zu

Der Wissenschaftsrat befürwortet die Gründung einer neuen Abteilung am Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Mit zusätzlichen Forschenden und einem neuen Ansatz will das Institut untersuchen, welche Auswirkungen das Zusammenspiel von unterschiedlichen staatlichen Eingriffen in Finanz- und Arbeitsmärkte auf die Gesamtwirtschaft hat.

Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) kommt einer geplanten Erweiterung einen entscheidenden Schritt näher. Der Wissenschaftsrat als wichtiges wissenschaftspolitisches Beratungsgremium von Bund und Ländern hat sich im Rahmen seiner Wintersitzungen vom 23. bis 25. Januar 2019 in Berlin für die Gründung einer vierten Abteilung am IWH ausgesprochen. In dieser sollen die Wechselwirkungen der staatlichen Regulierung von Finanz- und Arbeitsmärkten sowie deren Folgen für die Realwirtschaft untersucht werden. „Das IWH besitzt sehr gute Voraussetzungen für den neuen Forschungsbereich und hat überzeugende Vorarbeiten vorgelegt“, sagt Martina Brockmeier, Vorsitzende des Wissenschaftsrats. Nach Einschätzung des Gremiums kann das Institut künftig eine Forschungslücke in der deutschen Finanzmarktforschung besetzen und auf diesem Gebiet ein Alleinstellungsmerkmal entwickeln. Den Antrag auf strategische Erweiterung des IWH bewertet der Wissenschaftsrat insgesamt als „sehr gut“.

Die neue IWH-Abteilung „Gesetzgebung, Regulierung und Faktormärkte“ soll im Jahr 2020 ihre Arbeit aufnehmen. Dafür ist ein jährliches Budget von 1,5 Millionen Euro für Personal-, Sach- und Investitionskosten geplant, wobei der Eigenanteil des IWH 200 000 Euro beträgt. Mit 16 zusätzlichen Stellen verfolgt die Abteilung einen neuen interdisziplinären Forschungsansatz. Während die Regulierung der Finanz- und der Arbeitsmärkte traditionell isoliert voneinander betrachtet wird, soll hier das Zusammenspiel der unterschiedlichen staatlichen Maßnahmen untersucht werden. Zum Beispiel hat es seit Beginn der Finanzkrise im Jahr 2007 viele regulatorische Eingriffe in die Finanzmärkte gegeben. Doch bislang ist weitgehend unerforscht, welche Konsequenzen sie für die wirtschaftliche Stabilität und die Verteilung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital haben. Das IWH rechnet nunmehr mit grundlegenden Erkenntnissen über die Einflussfaktoren auf langfristiges Wachstum und Strukturwandel in Zeiten des digitalen Wandels. Mit den Forschungsergebnissen will das Institut die Politik darin beraten, optimale wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen. In die Erweiterung fließt die Expertise aus den drei bestehenden IWH-Abteilungen (Finanzmärkte, Makroökonomik sowie Strukturwandel und Produktivität) ein.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Reint E. Gropp
Tel +49 345 7753 700
president@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Bildung und
Forschung (BMBF), Bundes-
ministerium der Finanzen (BMF),
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundes-
ministerium für Arbeit und Soziales
(BMAS), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagwörter
Finanzmärkte, Arbeitsmärkte, staat-
liche Regulierung, Makroökonomie,
langfristiges Wachstum, Struktur-
wandel, Digitalisierung

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

„Wir begrüßen die Empfehlung des Wissenschaftsrats, die Erweiterung des IWH zu unterstützen“, sagt Institutspräsident Reint Gropp. „Wir denken, dass wir mit der Erweiterung noch besser zur wissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Debatte beitragen können. Insbesondere werden wir die noch unerforschte Beziehung zwischen der Regulierung von Arbeits- und Finanzmärkten in den Mittelpunkt unserer Forschung stellen und die enge Zusammenarbeit von Makroökonomien, Arbeitsökonomien und Finanzökonomien mit Juristen fördern. Außerdem freuen wir uns auf die enge Zusammenarbeit in der Finanzforschung mit dem LOEWE Center Sustainable Architecture for Finance in Europe (SAFE) in Frankfurt am Main, das als neues Institut in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen werden soll.“

Das Votum des Wissenschaftsrats ist ein wichtiger Etappensieg bei der Erweiterung des IWH. Die abschließende Entscheidung darüber, ob die neue Abteilung eingerichtet werden kann, trifft die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) im Laufe dieses Jahres.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Tel +49 345 7753 700

president@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth

Tel +49 345 7753 832

presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 95 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.